

Der Atommülltransport nach Lubmin

Informationen zum anstehenden Castor-Transport von Karlsruhe nach Lubmin

Am 15./16. Februar 2011 sollen 5 Castorbehälter mit hochradioaktivem Atommüll aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) nach Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern gebracht werden. Der Müll stammt aus dem ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe und kommerziellen Reaktoren wie Obrigheim und Neckarwestheim. Um die Gefahr durch den hochradioaktiven Müll für die Bevölkerung zu verringern, sollte jeder unnötige Atommülltransport quer durch die Bundesrepublik vermieden werden. Deshalb fordert Greenpeace den Transport von der WAK ins Lubminer Zwischenlager abzusagen. Entsprechend dem Verursacherprinzip muss der Atommüll so lange in Baden-Württemberg gelagert werden, bis es ein sicheres Endlager gibt.

Der Müll-Produzent in Karlsruhe

Die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) wurde von 1971 bis 1990 als Pilotanlage für die kommerzielle Wiederaufarbeitung in Wackersdorf betrieben. Seit 2006 ist die WAK eine 100 prozentige Tochter des bundeseigenen Unternehmens Energiewerke Nord. Bis 2023 soll sie zur „grünen Wiese“ zurückgebaut werden. Die Hinterlassenschaften der WAK werden aber noch vielen Generationen in Erinnerung bleiben.

Im Versuchsbetrieb wurden ca. 200 Tonnen an Kernbrennstäben verarbeitet, von denen knapp 60 Tonnen vor allem aus Obrigheim und Neckarwestheim stammen. Bei dieser sogenannten Wiederaufarbeitung entstanden 60 Kubikmeter (60.000 Liter) hoch radioaktiver Müll mit einer Aktivität von 700 Billionen Becquerel (Zerfälle/s). Dieser als Karlsruher Atomsuppe bekannt gewordene hochgefährliche Müll wurde mehr als ein Jahrzehnt in Edelstahl tanks ständig auf 25 Grad heruntergekühlt und gerührt. Beim Betrieb der WAK entstanden außerdem viele tausend Fässer mit mittel- und schwachaktivem Abfall, die zum Teil in den maroden Salzstock Asse II gekippt wurden. Die Verglasung des flüssigen Mülls begann 2009 und wur-

de vom Steuerzahler mit mehr als 1,5 Milliarden Euro subventioniert. Die hierbei hergestellten Glaskokillen sollen nun in 5 Castorbehältern abtransportiert werden.

Der Müll-Empfänger in Lubmin

Das Atomkraftwerk Greifswald wurde Ende der 1960er Jahre im äußersten Nordosten der damaligen DDR als größtes AKW Ostdeutschlands gebaut. Ab 1992 entstand neben dem AKW am Standort Lubmin ein Zwischenlager für Atommüll – das bundeseigene Zwischenlager Nord, dessen Betreiber ebenfalls die Energiewerke Nord sind. Gebaut wurde das 240 Millionen Euro teure Zwischenlager für die Lagerung von Abfällen aus dem Rückbau der ostdeutschen Atomkraftwerke Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) und Rheinsberg (Brandenburg), sowie dem dort angefallenen Atommüll. Die Einlagerung begann 1999.

Das Zwischenlager Nord ist eine 20.000 Quadratmeter große Leichtbauhalle, die aus acht Hallenabschnitten besteht. In den Hallen 2 bis 5 sind schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Containern gestapelt. Halle 6 und 7 beherbergen unverpackte Großteile wie Dampferzeuger und Reaktordruckgefäße. In Halle 8 stehen derzeit 69 Castoren mit mehr als 5000 hochradioaktiven Brennelementen und Resten aus den DDR-Kraftwerken Lubmin und Rheinsberg. Das Lubminer Zwischenlager besitzt keine sogenannte „heiße Zelle“, einen Spezialraum, der beispielsweise zur Reparatur beschädigter Castoren benötigt wird.

Obwohl das Zwischenlager Nord ursprünglich ausschließlich zur Lagerung von ostdeutschem Atommüll gebaut wurde, entschied das Verwaltungsgericht Greifswald im Juni 2006, dass auch radioaktive Abfälle aus westdeutschen Anlagen bis zu zehn Jahre in Lubmin gelagert werden dürfen. Dies geschah erstmals im Dezember 2010 mit dem Castor-Transport aus Cadarache (Frankreich), der ebenfalls Atommüll aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe enthielt, teilweise aber auch vom Atomforschungsschiff Otto Hahn.

Der Castor-Transport

Der Castor-Transport mit hochradioaktivem Atommüll vom ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe in das Zwischenlager Lubmin soll am 15./16. Februar stattfinden. Der Zug mit den 5 Castorbehältern wird voraussichtlich über Straßenbahngleise durch Wohngebiete in Eggenstein-Leopoldshafen und Karlsruhe-Neureut fahren und vom Westbahnhof seine Fahrt in Richtung Lubmin fortsetzen.

Die von offizieller Seite immer wieder als hochsicher bezeichneten Castoren stellen beim Transport ein Gefahrenrisiko dar. Mit einigen Behältertypen wurden keine den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Tests durchgeführt. Selbst wenn Sicherheitstests stattfinden, decken sie plausible Unfallszenarien nicht ab und entziehen sich dadurch der Realität. Der sogenannte Feuertest sieht beispielsweise vor, dass ein Atommüllbehälter 30 Minuten lang einer Temperatur von 800 Grad Celsius ausgesetzt wird. Bei Zugunfällen, bei denen leicht entzündbare Stoffe wie Benzin oder Propangas beteiligt sind, werden allerdings Temperaturen von bis zu 2000 Grad Celsius erreicht.

Zwischenlagerung nach dem Verursacherprinzip

Der in der WAK verarbeitete Müll stammt zu mehr als dreiviertel aus Baden-Württemberg (Kernforschungszentrum Karlsruhe, Atomkraftwerke Obrigheim und Neckarwestheim). Nach Auffassung von Greenpeace muss die Lagerung des Atommülls nach dem Verursacherprinzip erfolgen. Die hochradioaktive Fracht darf nicht an die Ostseeküste abgeschoben werden. Greenpeace fordert, dass Baden-Württemberg endlich Verantwortung übernimmt und der Atommüll hier zwischengelagert wird. Auch um die Gefahr für die Bevölkerung zu verringern, sollte jeder unnötige Transport quer durch die Bundesrepublik vermieden werden. In der Nähe der WAK würde sich das Zwischenlager am AKW Philippsburg anbieten, welches nur wenige Kilometer entfernt liegt.

Nach den Protesten gegen den Castor-Transport nach Gorleben hatten sich die Bundesländer Hessen und Niedersachsen offen für eine Diskussion um die Rücknahme ihres Atommülls gezeigt. In Baden-Württemberg hingegen lehnt die Landesregierung sowohl die Zwischenlagerung des dort produzierten Atommülls als auch eine ergebnisoffene Endlagersuche ab. Wäh-

rend Baden-Württemberg bei der Produktion von Atommüll einen vorderen Platz einnimmt, zeigt das von der CDU geführte Land in der Diskussion um die Lagerung und Entsorgung des Atommülls gerne nach Norden.

Die Frage der Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll ist weltweit ungelöst. Dennoch hat die Bundesregierung eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken beschlossen. Dadurch wird sich die Atommüll-Menge in Deutschland nach Greenpeace-Berechnungen verdreifachen. Der für die Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll von der Bundesregierung favorisierte Salzstock in Gorleben birgt zahlreiche geologische Risiken und ist damit völlig ungeeignet.

Greenpeace fordert:

- Eine Atommüll-Lagerung nach dem Verursacherprinzip.
- Keine unnötigen Atommüll-Transporte.
- Eine ergebnisoffene Suche nach einem geeigneten Standort für ein Atommüll-Endlager in Deutschland. Die Untersuchungen in Gorleben haben gezeigt, dass der Salzstock nicht geeignet ist.
- Die Rücknahme der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und ein vorzeitiger Atomausstieg bis spätestens 2015.
- Die sofortige Abschaltung der sieben ältesten und gefährlichsten AKW, darunter die baden-württembergischen Reaktoren Neckarwestheim I und Philippsburg I.

Das können Sie tun:

- Zeigen Sie der Atomlobby die rote Karte und wechseln Sie zu einem Ökostrom-Anbieter, der unsere Kriterien erfüllt. Wir empfehlen Greenpeace Energy. Diesen und weitere Anbieter finden Sie auf <http://www.atomausstieg-selber-machen.de>.

Kontakt

Greenpeace Karlsruhe
Steinstraße 23
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/37 77 71
karlsruhe@greenpeace.de
www.greenpeace-karlsruhe.de